

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
09.01.2014	19.15 Uhr	22.45 Uhr	Evangelische Kirchengemeinde Horn, Gemein- desaal

TEILNEHMER

ORTSAMT

: Ullrich Höft, Vorsitzender
Jessica Jagusch, Protokollführer

BEIRAT/AUSSCHÜSSE : siehe anliegende Liste

GÄSTE

: Senator Ulrich Mäurer (zu TOP 2)
Staatsrat Horst Frehe (zu TOP 4)
Bernd Rein, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und
Frauen, Referat 20 (zu TOP 4)
Peter Dick, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und
Frauen, Abteilung 2 (zu TOP 5)
Bettina Wagner-Pribbernow, Immobilien Bremen (zu TOP 5)
Herr Feldmann, Polizeirevier Horn

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung
2. Bericht des Senators für Inneres und Sport zu Themen des Ressorts im Stadtteil
3. Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
4. Unterbringung von unbegleiteten Jugendlichen in der Containeranlage Berckstraße 10
5. Zwischen- und Nachnutzung des Ortsamtsgebäudes Berckstraße 10 für Kindertagesbetreuung
6. Mitteilungen des Ortsamtes
7. Verschiedenes

Die Beiratsmitglieder wurden mit Schreiben vom 7. Januar 2014 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

Der Vorsitzende erklärt, dass auf Wunsch des Senators der Tagesordnungspunkt 2 vorgezogen wird. Da keine Anträge aus dem Beirat vorliegen, kann der Tagesordnungspunkt 3 wegfallen. Die übrigen Tagesordnungspunkte werden angepasst und verschoben sich entsprechend. Die geänderte Tagesordnung wird **einstimmig** beschlossen.

Zu TOP 2: Bericht des Senators für Inneres und Sport zu Themen des Ressorts im Stadtteil

- Thematik Inneres:

Der Senator berichtet, dass die Polizei nunmehr den neuen Standort bezogen hat. Im Bereich Inneres hat sich die derzeitige Situation nicht verschlechtert. Die Kriminalrate ist halb so hoch wie in anderen Stadtteilen. Es muss aber auch in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass prinzipiell die Straftaten in Bremen insgesamt rückläufig sind. Im letzten Jahr wurden ins-

gesamt 2.530 Diebstähle verzeichnet. Dies bedeutet einen massiven Rückgang im Vergleich zum letzten Jahr. Auch ist ein Rückgang mit 673 Fällen bei den Kfz-Aufbrüchen zu verzeichnen. Einen Anstieg gab es bei den Wohnungseinbrüchen. In diesem Bereich hat die Polizei mit Aufklärungsarbeit und Beratung entsprechend reagiert. Auf Nachfrage der FDP-Fraktion, ob die künstliche DNA für die Minderung von Einbruchsdiebstählen hilfreich sei, wird vom Senator ergänzt, dass eine Markierung durch DNA nur im Zusammenspiel mit Eigeninitiative der Nachbarn sowie Vorsichtsmaßnahmen zu einer Minderung von Einbruchsdiebstählen führen würde.

Auf Nachfrage seitens der SPD-Fraktion sowie CDU-Fraktion wird mitgeteilt, dass die derzeitige Personalstärke des Reviers so erhalten bleibt. Zwar fallen zwei Polizisten durch Ruhestand und Schwangerschaft demnächst aus, aber die Personaldichte soll so erhalten bleiben. Die Polizeiwache wird weiterhin ein Einsatzfahrzeug besitzen, welches am 110-Prozess teilnimmt, damit der Zielerreichungsgrad verbessert wird. Auch sollen weiterhin die Kontaktbeamten konstant im Stadtteil eingesetzt werden. Besonders durch die Präventivmaßnahmen der Kontaktbeamten an der Universität konnten dort die Kfz-Einbrüche minimiert werden. Es ist in der Tat so, dass es vermehrt Kontrollen im Stadtteil Ost gegeben hat, um Einbrüche aufzudecken, da sich viele Täter auf „Durchreise“ befinden. Auch ist es richtig, dass es vermehrt Geschwindigkeitskontrollen gegeben hat. Ein Bürger fordert, dass bei der Polizei voll einsatzfähiges Personal eingesetzt werden soll.

- Thematik Brandschutz

Der Neubau der Freiwilligen Feuerwehr am Lehester Deich ist in Planung. Die Bauplanung ist schwierig, da es sich bei dem Planungsgebiet um ein Naturschutzgebiet handelt, das Fleet muss verlegt werden und ein Grundstück angekauft. Der Vorentwurf wird bereits erstellt. Es wird mit einer Einweihung am 24. Juni 2016 gerechnet, das würde ein Zeitverzug von 1 Jahr bedeuten. Im Allgemeinen wird das ganze System „Brandschutz“ überprüft. Auch soll die Berufsfeuerwehr weiterentwickelt werden.

- Sportentwicklungsplan

Derzeit werden die Bestände im Hinblick, welche Sportanlagen demnächst noch benötigt werden, überprüft. Auf Nachfrage seitens eines Mitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mitgeteilt, dass das Uni-Bad ursprünglich den Bereich Wissenschaft beim der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit zugeordnet ist. Da die Bremer Bäder bereits dem Ressort Inneres und Sport zugeordnet worden, liegt nunmehr die Sanierung etc. im Zuständigkeitsbereich von Inneres, weil hier die Fachkompetenz liegt. Für die Sanierung des Uni-Bades wurden bereits 10 Millionen im Haushalt zurückgestellt. Gutachter haben nunmehr festgestellt, dass eine Sanierung mindestens 15 Millionen zzgl. 3 Millionen Risikozuschlag kosten würden. Die Gebäudesubstanz sei marode und der Bau würde nicht den heutigen energetischen Anforderungen entsprechen. Am kommenden Dienstag wird sich der Senat mit der Thematik befassen. Der Senator wird vorschlagen, das Uni-Bad nicht zu sanieren sondern nur die Funktionsfähigkeit aufrecht zu erhalten, damit für die dort ansässigen Schulen, Sportvereine ein Ersatz gesucht werden kann. Ein Vertreter der CDU-Fraktion befürchtet, dass die Sanierung „schlecht“ gerechnet worden ist. Er fordert gleichzeitig, wenn das Uni-Bad geschlossen wird, dass ein vergleichbares Bad errichtet werden soll. Auch wird kritisiert, dass das Uni-Bad in den Jahren nicht modernisiert und renoviert worden ist und, dass man jetzt nunmehr diesen maroden Zustand habe. Gleichzeitig sei es unverständlich, warum keine jährliche Rückstellung für die Sanierung gebildet worden ist. Der Vertreter für Bürger in Wut schlägt vor, Sponsorenmöglichkeiten zu suchen. Der Senator erwidert, dass die Anmerkungen zwar richtig seien, aber berücksichtigt werden sollte, dass das Ressort Wissenschaft vorher das Uni-Bad im Gebäudebestand hatte. Auch habe er kein Interesse die Kosten hochzutreiben. Das jetzige Bad soll lange wie möglich Aufrecht erhalten bleiben, aber es ist in der jetzigen Form nicht zukunftsfähig.

Die Beiratssprecherin bedankt sich beim Senator für deren Ausführungen und schlägt einen weiteren Austausch zur Schließung des Uni-Bades in der kommenden Planungskonferenz vor.

Zu TOP 3: Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

- Eine Bürgerin hält die Situation in der Berckstraße mit den Schlaglöchern weiterhin für untragbar. Vielleicht sollten die bestehenden Pfeiler entfernt werden und eine Befahrung durch Radfahrer beidseitig möglich gemacht werden. → Weiterleitung an das Amt für Straßen und Verkehr
- Die Ampelschaltung an der Horner Kirche wird kritisiert. Wenn die Straßenbahn kommt, haben die Fußgänger ein rotes Signallicht, welches dann zu Fehlverhalten der Fußgänger führt.
→ Weiterleitung an die BSAG

Zu TOP 4: Unterbringung von unbegleiteten Jugendlichen in der Containeranlage Berckstraße 10

Der Staatsrat berichtet über die aktuelle Flüchtlingsproblematik. Bremen nimmt derzeit 1% der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge auf. Die ankommenden Flüchtlinge sollen nicht in großen Unterkünften oder Zelten untergebracht werden. Deshalb habe man sich für die Containerlösung entschieden. Zusätzlich kommen in steigender Zahl unbegleitete Jugendliche aus den derzeitigen Krisengebieten. Derzeit werden die unbegleiteten Jugendlichen in der Zentralen Aufnahmestelle untergebracht. In einer gerichtlichen Entscheidung wird nunmehr die Unterbringungsform untersagt. Darauf war das Sozialressort nicht vorbereitet und somit müssen nunmehr andere Unterbringungsmöglichkeiten gefunden werden. 15 bis 20 unbegleitete Jugendliche kommen monatlich aufgrund der derzeitigen Krisengebiete nach Bremen. Die Jahre vorher waren es lediglich bis zu 5 Jugendliche pro Monat. Die Jugendlichen sind im Alter von 16 bis 18 Jahre. Diese müssen nach UN-Abkommen aufgenommen werden. Eine Umverteilung dieser Jugendlichen auf andere Bundesländer ist nicht möglich. Es ist geplant, dass 40 Jugendliche in der Containeranlage am alten Ortsamt untergebracht werden sollen, anstatt Familien.

Ein Vertreter der CDU-Fraktion fragt kritisch nach, ab wann die Entscheidung feststand, in der Containeranlage unbegleitete Jugendliche unterzubringen. Er hält den zur Verfügung stehenden Platz von maximal 800 qm für 40 Container als zu knapp bemessen an. Auch sei die Lärmimmission erheblich. Gleichzeitig kritisiert er, dass die Jugendlichen außerhalb von Horn zur Schule gehen müssen. Er vertritt die Meinung, dass die vorgestellte Interimslösung für 23 Monate nicht nachhaltig sei. Man solle doch lieber nach Alternativlösungen suchen. Ein Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt verschiedene Forderungen. Wichtig seien, ein ständiger Informationsaustausch, eine Belegung von maximal 40 Jugendlichen und eine pädagogische Betreuung.

Das Ressort, JUS-Jugendhilfe und soziale Arbeit arbeiten eng mit den Einrichtungen Alten Eichen, Deutsches Rotes Kreuz und Caritas zusammen und möchte somit die pädagogische Betreuung gewährleisten. Es wird versichert, dass die derzeitige Unterbringung nur kurzfristig sei, man wolle an der Stresemannstraße mit der Clearingstelle eine langfristige Lösung schaffen. 20 Pflegefamilien seien derzeit bereit unbegleitete Jugendliche aufzunehmen. Die Jugendlichen werden ihrer Schulpflicht in der Sekundarstufe II nachkommen. Diese Schulen liegen leider außerhalb dieses Ortsteils. Der Betreuungsschlüssel sieht eine Betreuung von einem Betreuer für maximal zwei bis drei Jugendlichen vor. Ein Vereinsmitglied zur Vermittlung von Vormündern motiviert an der Informationsveranstaltung „Ausbildung zum Vormund/Betreuer“, teilzunehmen. Es sei eine Bereicherung diese Jugendliche bei der Bewältigung ihres Alltages zu unterstützen.

Einige Bürgerinnen äußern Bedenken in einem so kleinen Wohngebiet eine Containeranlage aufzustellen.

Von den verschiedenen Parteien wird Unterstützung signalisiert. Auch wird die Einrichtung eines Runden Tisches als sinnvoll angesehen. Ein besserer Informationsaustausch auch von der

zuständigen Behörde wird gewünscht. Die Containeranlage sei zwar nicht optimal, aber es gibt derzeit keine andere Möglichkeit der Unterbringung. Die Beiratssprecherin versteht die einzelnen Ängste der anliegenden Bewohnerinnen, trotzdem sollte eine Willkommenskultur entstehen.

Beschluss: Das in der Beiratssitzung am 12. November 2013 vorgeschlagene Nutzungskonzept für die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Grundstück des Ortsamtes, Berckstraße 10, wird auch für die Unterbringung von maximal 40 unbegleiteten Jugendlichen für 23 Monate befürwortet.

Der Beirat fordert, dass der Betreuungsschlüssel von eins zu zwei eingehalten werden muss. Es muss gewährleistet werden, dass ab dem Zeitpunkt der Besiedelung der Wohncontainer eine Rundumbetreuung, in den Nachtstunden und insbesondere an den Wochenenden, sichergestellt ist. Unterstützt werden sollen die Jugendlichen unter anderem auch mit qualifizierten pädagogischen Kräften. Der Beirat fordert einen reibungslosen Informationsaustausch zwischen Beirat, Behörden und Trägern.
(8 dafür, 5 dagegen, 1 Stimmenthaltung **-mehrheitlich angenommen-**)

Zu TOP 5: Zwischen- und Nachnutzung des Ortsamtsgebäudes Berckstraße 10 für Kindertagesbetreuung

Die Vertreterin von Immobilien Bremen teilt kurz den aktuellen Sachstand bzw. Planung mit. Für das Ortsamtsgebäude wurden unter Berücksichtigung der gleichzeitigen Unterbringung einer Containersiedlung für Flüchtlinge auf dem hinteren Grundstücksteil sowie der gleichzeitigen Zwischennutzung des Gebäudes durch den Bürgerverein Horn drei verschiedene Varianten geprüft. Für die Variante 1 (Herrichtung des Bestandsgebäudes) würden Gesamtkosten von circa € 299.000,00 anfallen. Die Variante 2 sieht einen Abriss des Bestandsgebäudes und die Aufstellung von Mietcontainern vor. Bei einer Mietdauer der Container von 15 Monaten würden Gesamtkosten in Höhe von € 377.000,00 anfallen. Für die Varianten 3 (Fremdanmietung) liegen keine Angebote vor. Die kostengünstigere Variante ist somit die Herrichtung des Bestandsgebäudes. Die Interimslösung bietet 80 Kindern eine Betreuungsmöglichkeit. Der Standort wird auch aufgrund seiner guten Erreichbarkeit im Stadtteil als Übergangslösung favorisiert. Eine Nutzung der Kita-Räumlichkeiten durch den Bürgerverein Horn wird als problematisch angesehen. Aufgrund der Größe des für die Kindertagesbetreuung anfallenden Raumbedarfs kann auf die Herrichtung der Saalfläche und des Kulturraumes zu Gruppenräumen nicht verzichtet werden. Eine mobile Aufteilungsmöglichkeit der auf der Saalfläche entstehenden Gruppenräume kann aus Kostengründen sowie aufgrund bautechnischer Unzulänglichkeiten (Statik, Schallschutz) nicht verfolgt werden. Auch spielen hygienische Aspekte eine Rolle. In den neuen Räumlichkeiten soll ein „Kindercafé“ eingerichtet werden. Dieses Café kann dann auch für Institutionen aus dem Stadtteil genutzt werden.

Ein Vertreter der CDU-Fraktion fragt kritisch nach, warum damals die Polizeibeamten in Container untergebracht werden mussten und nunmehr die Gebäudesubstanz für die Unterbringung von Kindern unproblematisch ist. Auch wird die Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt. Immerhin würden für eine Interimslösung € 300.000,00 anfallen für eine maximale Nutzungsdauer von knapp 2 Jahren. Die CDU-Fraktion würde eher nach Umzug des Ortsamtes den sofortigen Verkauf an einem Investor befürworten, der ggf. dann dort eine Kindertageseinrichtung etabliert. Die Beiratssprecherin kritisiert unter anderem auch, dass es auf dem Gelände nicht soviel Spielmöglichkeiten eingerichtet werden können. Auf Nachfrage seitens eines Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird bestätigt, dass die investierten Mittel nach dem Verkauf des Objektes nicht verrechnet werden. Diese investierten Mittel stellen keine Werterhöhung am Objekt da. Derzeit gibt es noch keine konkrete Planung, was nach der Ablaufzeit der Interimslösung bzw. Verkauf des Grundstücks passiert. Es existiert derzeit noch keine konkrete Planung für einen ergänzenden Neubau einer Kindertageseinrichtung. Die Interimslösung verschafft der Behörde die Möglichkeit, alle Aspekte mit einzubeziehen und einen geeigneten Standort für eine Kindertageseinrichtung zu suchen.

Eine Bürgerin kritisiert, dass Kinder in ein angeblich gesundheitsbedenkliches Gebäude untergebracht werden sollen. Vor diesem Hintergrund befürwortet sie auch eher die „Containerlösung“. Die Vertreterin von Immobilien Bremen teilt mit, dass im Gebäude kein 100%-iger Schimmelbefall vorliegt. In den Räumen, wo Schimmelbefall vorliegt, werden auch keine Kinder betreut. Diese Räume werden versiegelt. Bei den Wasserleitungen wird der zentrale Einspeisepunkt von der SWB neu hergestellt. Im Gebäude werden neue Wasserleitungen verlegt.

Die Vertreterin von Immobilien Bremen bekräftigt, dass sie für einen schnellstmöglichen Verkauf sowie Interimslösung einen Beiratsbeschluss am heutigen Tag benötigt. Nur so kann die Ausschreibung bereits jetzt erfolgen.

Auf Wunsch wird über den vorliegenden Beschlussvorschlag in zwei Abschnitten abgestimmt:

1. Teilbeschluss (Interimslösung)

Der Beirat stimmt der Variante 1 (Herrichtung des Bestandsgebäudes) sowie eine Zwischennutzung von 23 Monaten zu. (Abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen; 5 Nein-Stimmen; 3 Stimmenenthaltung)

2. Teilbeschluss (Verkauf des Grundstücks nebst Gebäude)

Der Beirat befürwortet weiterhin den Verkauf des Grundstücks, nach Ablauf der Zwischennutzungszeit von 23 Monaten, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden:
--

- | |
|--|
| <ol style="list-style-type: none">1. Die Erschließung des Grundstücks hat auch für den Fall einer Neubebauung ausschließlich über die vorhandene Zufahrtstraße am östlichen Grundstücksrand zu erfolgen;2. Die Stadtgemeinde Bremen hat sicherzustellen, dass eine mögliche verkehrliche Verknüpfung des Grundstücks Berckstraße 10 mit dem Parkplatz des Grundstücks Leher Heerstraße 1-3 planerisch so zu gestalten ist, dass die Aufenthaltsqualität rund um den kleinen Park hiervon unberührt bleibt. Der Beirat lehnt dementsprechend die Führung von Pkw-Verkehren auf dem Grundstück der Berckstraße 10 über die Verkehrsfläche des vorhandenen Fuß- und Radweges nördlich entlang des Wäldchens ab;3. Die Fuß- und Radwegeverbindung zwischen Berckstraße und Leher Heerstraße ist dementsprechend als durchgängige und eigenständige, weiterhin öffentlich zugängliche Verkehrsfläche beizubehalten;4. Der zukünftige Eigentümer des Grundstücks Berckstraße 10 ist vertraglich dazu zu verpflichten, die Umbaukosten für die Verlängerung des Linksabbiegers von der Leher Heerstraße in die Berckstraße in vollem Umfang zu übernehmen;5. Der Investor wird verpflichtet, den Beirat bei der Gestaltung der Bebauung und der verkehrlichen Nutzung des Grundstücks frühzeitig einzubinden und dessen Votum besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen;6. Wenn das Sozialressort weiterhin bestätigt, dass unter Berücksichtigung bei der Interessenbekundungen aus dem Stadtteil, grundsätzlich bis 2016/2017 der Bedarf für die Einrichtung von drei weiteren Kindertageseinrichtungen im Stadtteil besteht, stimmt der Beirat der Ausschreibung mit der Auflage auf dem Grundstück Berckstraße auch eine Kindertagesstätte einzurichten, zu;;7. Der Beirat wird bei der Formulierung des Ausschreibungsinhalts von Immobilien Bremen beteiligt. |
|--|

(Einstimmig angenommen)

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Referenten.

Zu TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtes

- Nicht öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Umweltschutz und Verkehr“ am 15. Januar 2014;
- Der Vorsitzende begrüßt die Protokollführung als neue Mitarbeiterin des Ortsamtes.

Zu TOP 7: Verschiedenes

Die Beiratssprecherin berichtet über eine Informationsveranstaltung am 10. Februar 2014, 18.30 Uhr in der Schule Ronzelenstraße.

Ullrich Höft
- Vorsitzender -

Catharina Hanke
- Beiratssprecherin -

Jessica Jagusch
- Protokollführerin -